Drucksache Nr. 7

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Demontageverweigerer

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Allen Deutschen, die wegen Verweigerung von Demontage-Arbeit von den Militärgerichten der britischen Besatzungsmacht unter Anklage gestellt oder bereits verurteilt worden sind, werden aus Bundesmitteln die Prozeß- und Haftkosten sowie der ihnen entstandene Lohnausfall voll erstattet.
2. Die Bundesregierung wird beauftragt, den Arbeitsämtern im Bundesgebiet die Vermittlung von Arbeitskräften für Demontageunternehmer zu untersagen.

Bonn, den 8. September 1949

Renner und Genossen